

# Von wegen „offene Grenzen“

## Perspektiven

2015 war eine Ausnahme. Davor und danach versuchte Deutschland, sich abzuschotten – auf Kosten der Flüchtlinge und der südeuropäischen Länder.

KARL-HEINZ MEIER-BRAUN

Die Bundesrepublik setzt seit ihrem Bestehen alles daran, um sich möglichst gegen Einwanderung abzuschotten. Angefangen hat es schon in der „Gastarbeiterzeit“. Arbeitskräfte wurden dringend gebraucht, um das Land wieder aufzubauen. So holte man ausländische Arbeitskräfte ins Land, denen das „Wirtschaftswunder“ mit zu verdanken ist. Rund 2,3 Millionen Deutschen gelang in einer Art Fahrstuhleffekt der Aufstieg von Arbeiter- in Angestelltenpositionen, weil die vielen ausländischen Arbeitskräfte, die angeworben wurden, in der Hierarchie der deutschen Unternehmen ganz unten einstiegen. Schon bald mehrten sich Stimmen, die vor negativen Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung warnten. Bundeskanzler Ludwig Ehrhard, unter dessen Verantwortung die „Gastarbeiterära“ begann, sorgte für Schlagzeilen mit dem Ausspruch: „wenn jeder Deutsche eine Stunde in der Woche länger arbeite, brauche man die ausländischen Arbeitskräfte nicht.“

Ängste vor Überfremdung entstanden bereits in den frühen Jahren der Bundesrepublik, Ängste, die Politiker dazu bewogen, die Grenzen dichtzumachen. Denn sie befürchteten und befürchten teilweise noch heute, Wählerstimmen zu verlieren, wenn sie nichts gegen vermeintlich offene Grenzen unternehmen würden. Die Angst vor den eigenen Wählern war und ist die Triebfeder für die Abschottungspolitik. Die „Lebenslüge“, wir sind kein Einwanderungsland feiert immer wieder fröhliche Urständ. Bezeichnend ist vielleicht die Begegnung, die ich vor langer Zeit mit einem Bundestagsabgeordneten hatte, der sagte: „Sie haben ja recht, wir sind längst ein Einwanderungsland, aber wenn ich das öffentlich sage, brauche ich gar nicht mehr zur nächsten Kandidatenaufstellung für die Bundestagswahlen anzutreten.“

Allein von 1955 bis zum Anwerbestopp im Jahre 1973 kamen vierzehn Millionen Arbeitsmigranten nach Deutschland. Elf Millionen zogen in diesem Zeitraum wieder weg.

„Rückkehrbereitschaft stärken“ – dieses Motto der Ausländerpolitik setzte sich zu Beginn der 1980er-Jahre durch. Das neue Klima der ausländerpolitischen Diskussion artikulierte sich auch im sogenannten „Heidelberger Manifest“ vom 17. Juni 1981, einer pseudowissenschaftlichen Unterfütterung der restriktiven Ausländerpolitik.

Zahlreiche Intellektuelle wandten sich darin gegen die – wie es hieß – „Unterwanderung des deutschen Volkes durch Ausländer, gegen die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volks-



Nur wenige Wochen waren die deutschen Grenzen im Herbst 2015 tatsächlich offen. Hier gehen Flüchtlinge nahe Wegscheid (Bayern) hinter einem Fahrzeug der Bundespolizei her. Foto: dpa/Armin Weigel

Die Angst vor den eigenen Wählern war und ist die Triebfeder für die Politik der Abschottung

tums“. Immer wieder haben Intellektuelle und Politiker in der Bundesrepublik den Rechtsradikalen – ob gewollt oder ungewollt, spielt eigentlich keine Rolle – Argumente geliefert. So sagte sogar der Historiker Golo Mann, bekanntlich Spross einer berühmten deutschen Emigrantenfamilie, in einem Zeitungsinterview zum Thema Türken in Deutschland: „So recht wohl fühle ich mich dabei nicht. Und ich weiß nicht, wie andere Länder sich dabei fühlen. Mir wäre es lieber, sie blieben zu Hause. Auf der anderen Seite ist es sicher gut für sie, wenn sie einen völlig anderen Kulturkreis gründlich kennenlernen. Wenn sie dann nach Hause zurückkehren und dort berichten, kann das einen Fortschritt in ihrem Land bedeuten. Aber: Sie sollten zurückkehren.“ Auf die Frage „Kann Deutschland ein Einwanderungsland sein?“ antwortete Mann: „Nein, das Boot ist voll.“

Der SPD-Politiker Martin Neuffer bezeichnete die Türken als eine „im Ganzen wenig assimilationsfähige völkische Minderheit“. Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) meinte: „Es strömen die Tamilen zu Tausenden herein. Und wenn sich die Situation in Neukaledonien zuspitzt, dann werden wir bald die Kanaken im Land haben.“ Strauß warnte vor einer „Wohlstandsasylepidemie“. Der Berliner CDU-Fraktionschef Landowsky sprach in einem Interview von Ausländern, die „bettelnd, betrogend, ja auch messerstechend durch die Straßen ziehen, festgenommen werden und nur, weil sie das Wort ‚Asyl‘ rufen, dem Steuerzahler in einem siebenjährigen Verfahren auf der Tasche liegen“. Die NPD zog in den Bundes-

wahlkampf mit dem Slogan „Deutschland den Deutschen“. Berlins Innensenator Lummer (CDU) brachte seine Meinung seinerzeit auf den folgenden Punkt: „Wir haben ein Asylrecht, da kann die ganze Rote Armee kommen und der KGB dazu. Wenn die an unserer Grenze ‚Asyl‘ sagen, können wir sie nicht zurückschicken.“

Bereits 1979/1980 verzeichnete das Land eine „Flüchtlingskrise“, in der eine unsägliche Diskussion über die Asylpolitik in Gang gesetzt wurde, die bis heute anhält. Der Wortschatz mit Kampfbegriffen wie „Asylantenflut“ und die giftigen Zitate haben sich festgesetzt und letztendlich zur Fremdenfeindlichkeit in Deutschland beigetragen. Eine ähnliche „Krise“ entstand durch die Zuwanderung von fünf Millionen Spätaussiedlern, vor allem sogenannten „Russlanddeutschen“. Anfang der 1990er-Jahre hatte sich bereits rund eine halbe Million Asylanträge angestaut und Deutschland band sich wieder in einer „Flüchtlingskrise“. Aber anstatt auf all diesen Erfahrungen mit Zuwanderung aufzubauen, das Thema aus der historischen Erfahrung heraus mit Ruhe und Gelassenheit anzugehen, verfällt die Migrationspolitik bei jeder neuen „Einwanderungswelle“ in Panik und versucht mit allen Mitteln, die Zahlen einzudämmen. Einwanderung bei allen Problemen auch als Gewinn und Chance für das Land zu sehen, davon sind wir immer noch Lichtjahre entfernt. Dabei leben heute bereits 18,6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, das heißt sie selbst oder zumindest ein Elternteil ist eingewandert. Das entspricht 22,5 Prozent der Bevölkerung.

In den Jahren 2015/16 entstand der fatale Eindruck, als würde Deutschland von 890 000 Flüchtlingen „überannt“, als seien die Grenzen für weitere „Millionen“ unkontrolliert offen. Hier nicht durch Daten und Fakten, eine breite Öffentlichkeitsarbeit und offene Diskussionen entgegenge wirkt zu haben, war ein entscheidender Fehler der Bundesregierung unter Angela Merkel. Eine „Blut-, Schweiß- und Tränen-Rede“, die die Bevölkerung darauf einstimmt, dass wir auf Dauer mit dem „Weltflüchtlingsproblem“ leben werden, deren Ausläufer (!) uns erreichen und dass wir umdenken und Opfer bringen müssen, blieb bis heute aus, auch wenn in der letzten Regierungserklärung der Kanzlerin selbstkritische Ansätze in diese Richtung zu erkennen sind. Weiterhin wird aber die Illusion vermittelt, man könne die Grenzen abriegeln. In Wirklichkeit gelingt es immer noch etwa 10 000 Flüchtlingen im Monat, sich nach Deutschland durchzuschlagen, meist mit kriminellen Schlepperbanden, die immer neue Wege finden und sich über die Abschottungspolitik freuen.

Tatsächlich gab es die „offenen Grenzen“ des Herbstes 2015 nur wenige Wochen und sie waren in Sachen Zuwanderung die absolute Ausnahme in Deutschland. Auch wenn es aus der Not geboren wurde – hätte man auf die Flüchtlinge schießen sollen? –, so war es doch ein weltweites Signal für eine humane Flüchtlingspolitik. Ihren Ursprung hatte die „Willkommenskultur“ in der Zivilgesellschaft, die die Flüchtlinge mit offenen Armen aufnahm. Zehn Prozent der deutschen Bevölkerung haben aktiv geholfen, 30 Prozent gespendet. Eine bisher nie da gewesene Hilfsbereitschaft, die anhält.

Allzu schnell geriet darüber in Vergessenheit, wie sehr die deutsche Migrationspolitik zuvor und unmittelbar danach darauf abzielte, die Grenzen abzuschotten und ihre Sicherung auf andere Staaten abzuwälzen. Während die deutsche Politik offiziell lange an der „Willkommenskultur“ festhielt, und die deutsche Öffentlichkeit den Rest Europas für hartherzig erklärte, begannen schon im Herbst 2015 die Versuche, die Zahl der Flüchtlinge wieder zu reduzieren und die Außengrenzen Europas besser zu sichern: durch fragwürdige Deals mit problematischen Regimes in der Türkei und in Afrika, Verlagerung des Problems auf Südeuropa und eine aktive Bekämpfung der Fluchtursachen. Zudem erlebte das Land eine zuvor ungeahnte Verschärfung des Asylrechts – was allerdings die rechten Kritiker der Flüchtlingspolitik nicht davon abhält, weiterhin von unkontrollierter Zuwanderung zu reden.

## Unser Autor



■ Karl-Heinz Meier-Braun (67) arbeitet lange beim SWR, ist Honorarprofessor für Politik in Tübingen und Mitglied im Rat für Migration. Zuletzt erschien von ihm das „Schwarzbuch Migration“ (C.H. Beck, 192 S., 14,95 €)  
■ Unter dem Titel Perspektiven veröffentlicht die SZ kontroverse Texte, die zur Diskussion anregen sollen.

## Ein CIA-Folterlager in Prag

Im deutschen TV kommen die Tschechen meistens schlecht weg. Das zeigte auch der ARD-Krimi „Die Diplomatin“.

VON HANS-JÖRG SCHMIDT, SZ-KORRESPONDENT IN PRAG

Als Harald Schmidt einst in seiner Late-Night-Show regelmäßig flache Witze über Autos klauende Polen machte, platzte den in Warschau akkreditierten deutschen Korrespondenten der Kragen. In einem kollektiven Aufschrei im Spiegel distanzierten sie sich von dem Comedian und warnten vor einer schleichenden Vergiftung der deutsch-polnischen Beziehungen.

Daran dachte ich in den vergangenen Jahren wiederholt in Prag, wenn ich deutsche Fernsehkrimis sah, die in einem Zusammenhang mit Tschechien standen. Ob im „Tatort“ der ARD, Filmen der ZDF-Reihen „Ein starkes Team“, „Die Chefin“ oder in anderen Streifen – bei den Tschechen herrschte Sodom und Gomorra schlecht hin. Tschechien steht für korrupte Polizisten, schmierige Huren, wilde Schlägertypen oder Mafiosi, denen die Pistolen locker im Halfter sitzen. Und immer richten es die Deutschen unter Aufbietung aller Kräfte zum Guten. Mit den Tschechen ist kein Staat zu machen. Das scheint eine Art filmisches Grundgesetz zu sein.

Am Karsamstag riss mir endgültig die Hutschnur. Das mit großem Pomp bewor-



Natalia Wörner spielt die neue deutsche Botschafterin in Prag, die gleich am ersten Tag im Amt einen so spektakulären wie unglauwbürdigen Fall löst.

Foto: ARD / Roland Suso Richter

bene ARD-Drama „Die Diplomatin: Jagd durch Prag“ setzte dem TV-Unfug die Krone auf. Da wird Tschechien plötzlich auch noch zum Platz für ein von der CIA unterhaltenes Folterlager für Terroristen. Ein dort an den Folterungen beteiligter US-Soldat bittet unter tätiger Mithilfe seiner deutschen Verlobten in der deutschen Botschaft um Asyl. Und die tafrische deutsche Botschafterin (Natalia Wörner) lässt alle Gäste, die zu ihrem Empfang gekommen sind, stehen und kümmert sich um den Fall. Um sicher zu sein, dass sie keinem Fake aufsitzt, begibt sie sich in Begleitung des psychisch gestörten US-Soldaten, der sie beinahe im Botschaftsgebäude umbringt, im Privat-Kfz selbst an den Ort des Folterlagers, wirft sich in kratzende, aber wärmende Unterwäsche, Tarnanzug und Arme-

stiefel und späht mit einem Nachtsichtgerät die Gegend aus. Sie entgeht mit Glück den natürlich sofort wild schießenden tschechischen Wachen. Als dann jemand im Berliner Außenministerium darauf kommt, dass unter den Gefolterten versehentlich auch ein Deutscher sei, bekommen ihre Bemühungen um dessen Freilassung einen gewissen Sinn.

Das alles ist reine, ziemlich böswillige Erfindung. Die CIA hat in Tschechien nie ein solches Folterlager betreiben dürfen wie in anderen Ländern. Fiktion ist der tschechische „Außenminister“, der sagt, die Tschechen hätten Angst vor den Russen und müssten deshalb alles tun, damit die Amerikaner sie weiter beschützten. Fiktion ist, dass sich der tschechische Präsident weigert, der neuen deutschen Botschafte-

rin die Ernennungsurkunde zu überreichen, solange der Amerikaner in der deutschen Botschaft sei. In der Realität wäre das ein beispielloser Skandal.

Doch den Filmemachern ist das egal. Hauptsache Action, eingebettet in Kamerafahrten durch das reizvolle Prag und in Außenaufnahmen der deutschen Botschaft. Drinnen durfte man nicht drehen. Das verhindern Sicherheitsbestimmungen für alle deutschen Botschaften weltweit. Wenn es diese Bestimmungen nicht gäbe, wäre die „Botschafterin“ mit Sicherheit auch auf dem „Genscher-Balkon“ abgelichtet worden. Womöglich hätte das der tatsächliche Vertreter der Bundesrepublik an der Moldau verhindert. Immerhin wird seine Behörde in dem Film lächerlich gemacht.

Dass sich Natalia Wörner – eine Schauspieler, die ich sehr mag – in den höchsten Tönen lobend über das Szenarium äußerte, muss erstaunen. Auch, dass sie in Vorbereitung auf die Dreharbeiten den damaligen Außenminister Steinmeier auf einer Auslandsreise begleitet hat. Gelernt hat sie dabei nichts. Aber vielleicht hilft ja nun ihr Lebenspartner, der neue Außenminister Heiko Maas, nach.

Weitere peinliche Filme, in denen der nicht unwichtige Nachbar Tschechien in Misskredit gebracht wird, braucht jedenfalls kein Mensch. Doch die ARD legt demnächst eine Reihe unter dem Titel „Der Prag-Krimi“ auf. Die ersten beiden Teile wurden im Oktober gedreht. Ich befürchte, danach gehen alle Prag-Korrespondenten aus Deutschland auf die Barrikaden.

ANZEIGE

ORIGINAL sächsisch

NEU

Stoffbeutel @ 6,95!  
Dor früüe Fochel gann misch ma!  
Fidd wie ä Durnschu  
S Läbn iss gee Bonnihof  
100% Baumwolle, Henkel 69 cm

Fidd wie ä Durnschu.  
S Läbn iss gee Bonnihof.

JETZT BESTELLEN!  
(0351) 48 64 18 27  
www.editionSZ.de

\*Original Sächsisch ist ein Produkt der DDV MEDIENGRUPPE

## UNART

Ist es nicht möglich, zu tadeln ohne zu spotten und zu spotten ohne zu verwunden? Müssen Aufklärer den Lichtscheren gleich sein, die nur helle machen, indem sie schneiden? Verdrießliche Notwendigkeit!  
Carl Ludwig Börne (1786 - 1837)